



Antrag

der Fraktion der AfD

Soziale Marktwirtschaft als wirtschaftspolitisches Leitbild stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft als gesellschafts- und wirtschaftspolitischem Leitbild der Bundesrepublik Deutschland. Die Verbindung der Freiheit des Marktes mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs wird auch in Zukunft die wesentliche Voraussetzung für nachhaltigen Wohlstand darstellen. Eine verantwortungsbewusst wahrgenommene marktwirtschaftliche Freiheit muss daher gegenüber Versuchen verteidigt werden, unsere Wirtschaftsordnung, die gleichermaßen auf Leistung wie auf Fürsorge beruht, zu einem allumfassenden Versorgungsstaat umzuformen. Der Landtag lehnt Forderungen nach Verstaatlichung von Wirtschaftskonzernen und Enteignung privatwirtschaftlicher Immobilienunternehmen ab.

Begründung:

Als Folge eines zu geringen Angebots an bezahlbarem Wohnraum werden in der aktuellen politischen Debatte radikale Forderungen erhoben, die auf eine grundsätzliche Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft abzielen. Hierzu zählt eine in Berlin gestartete Volksinitiative zur Enteignung besonders großer Immobilienunternehmen mit dem Ziel, deren Wohnungsbestände durch Anstalten des öffentlichen Rechts zu übernehmen. Diese Diskussion hat auch auf Bundesebene politische Fürsprecher gefunden.

Politische Fehlentwicklungen dürfen jedoch nicht pauschal einer vermeintlich mangelbehafteten Wirtschaftsordnung angelastet werden. Dadurch entsteht lediglich die Gefahr neuer sozialer Spaltungen, ohne dass die aktuelle Wohnungsproblematik wirksam bekämpft wird.

Stattdessen ist der gesellschaftliche Konsens dahingehend zu stärken, dass eine mit sozialer Verantwortung verknüpfte Freiheit des Marktes auch in Zukunft geeignet ist, die Herausforderungen für Deutschland zu meistern.

Volker Schnurrbusch und Fraktion